



Stell dir vor:

**DEINE BANK IST KEIN
WELTKONZERN,
SONDERN HIER GENAUSO
ZU HAUSE WIE DU.**

Sparda-Bank Hamburg eG
Geschäftsbericht 2021

Sparda-Bank

Die Deine Bank.



Das Vorstandsteam der Sparda-Bank Hamburg eG (v.l.): Vorsitzender Stephan Liesegang und Tino Wildmann.

„Wir können auf ein solides Geschäftsjahr 2021 zurückblicken“

Das Jahr 2021 war in vielerlei Hinsicht ein besonderes Jahr für unsere Sparda-Bank Hamburg und hat gezeigt, dass wir auch in bewegten Zeiten auf unsere Werte und unsere Gemeinschaft vertrauen können. Die Coronapandemie hat bei unseren Mitgliedern und bei uns als Bank für Herausforderungen gesorgt, denen wir gemeinsam tatkräftig begegnet sind. So haben wir mit hoher Innovationskraft die Möglichkeiten der Digitalisierung ausgebaut und unser Online- und Mobile-Banking modernisiert und erweitert. Gleichzeitig sind wir mit der persönlichen Beratung von Mensch zu Mensch in unseren Filialen vor Ort, sodass wir für unsere Kundinnen und Kunden immer da sind, wo sie uns brauchen.

Diese Nähe lässt sich auch aus den Geschäftszahlen gut ablesen. Ganz im Sinne unseres genossenschaftlichen Förderauftrags haben wir im Geschäftsjahr 2021 wieder viele Kundinnen und Kunden auf ihrem Weg in die eigenen vier Wände begleitet und die Kreditzusagen im Baufinanzierungsgeschäft auf rund 530 Millionen Euro ausbauen können. Gerade beim Thema Immobilienfinanzierung spielen Werte wie persönliche Beratung und faire Konditionen eine wichtige Rolle. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns daher sehr, dass wir im vergangenen Jahr mit dem Deutschen Fairness-Preis ausgezeichnet worden sind (Deutsches Institut für Service-Qualität; 10/2021*).

Auch im Spannungsfeld von Inflation, Niedrigzins und Verwarentgelt konnten wir unseren Kundinnen und Kunden

den vielfältige Lösungen aufzeigen, um Ersparnis zeitgemäß anzulegen. Eine wichtige Rolle spielten dabei nachhaltige Fonds, die in 2021 weiter an Bedeutung gewonnen haben. Als Genossenschaftsbank unterstützen wir die Entwicklung nachhaltiger Angebote und haben im vergangenen Jahr mit dem Sparda Klimakredit für nachhaltiges Bauen und Modernisieren und dem Sparda E-Kredit für das Finanzieren von nachhaltiger Mobilität zwei innovative Produkte auf den Markt gebracht. Mit diesen Lösungen und unserem klimaneutralen Umweltkonto Sparda Horizont fördern wir unsere Kundinnen und Kunden bei ihrem Wunsch nach einem nachhaltigen Lebensstil.

An dieser Stelle möchten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön aussprechen. Wir dürfen stolz darauf sein, was wir in 2021 zusammen bewegt haben und wie wir uns als Haus gemeinsam für die Themen der Zukunft aufgestellt haben.

Hohe Innovationskraft und vorausschauendes Handeln werden uns auch mit Blick auf die kommenden Monate und Jahre begleiten. Wir sind überzeugt, nicht zuletzt auch mit der Neuausrichtung unseres Vorstandsteams schon jetzt wichtige Weichen für die Zukunft unserer Bank gestellt zu haben. Wir freuen uns darauf, diesen Weg mit Zuversicht und gemeinsam mit Ihnen, unseren Mitgliedern, Kundinnen und Kunden sowie unseren vielen verlässlichen Partnern, weiterzugehen.

Stephan Liesegang

Stephan Liesegang

Tino Wildmann

Tino Wildmann

Geschäftsbericht

Inhalt

Rechnungslegung 2021

Lagebericht 2021	4
Bericht des Aufsichtsrates	11
Jahresabschluss 2021	12
Vorschlag für die Ergebnisverwendung	21
Bestätigungsvermerk	25

Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft weiter von dem durch die Coronapandemie ausgelösten Konjunkturerinbruch des 1. Halbjahres 2020. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte im Vorjahresvergleich um deutliche 2,7 %, nachdem es 2020 um massive 4,6 % zurückgegangen war.

Das Wirtschaftsgeschehen wurde 2021 einerseits durch die abermaligen Coronawellen und die im Zuge dieser Wellen zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt, besonders zu Jahresbeginn sowie zum Jahresende. Andererseits bremsten die im Jahresverlauf zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten spürbar die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geografisch breit angelegte Konjunkturerholung führte nämlich zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen, sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Erholung und wegen der demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräfteknappheiten ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um 82 Tsd. auf rund 2,6 Mio. Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 % auf 5,7 %. Die Erwerbstätigenzahl blieb hingegen, trotz einer spürbaren Belebung im Sommerhalbjahr, im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Mio. Menschen.

Nach vielen Jahren mit moderater Entwicklung haben die Verbraucherpreise 2021 merklich angezogen. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen Verbraucherpreisindex, stieg nahezu stetig von 1,0 % im Januar auf 5,3 % im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 % und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 hatte die Inflationsrate noch bei 0,5 % gelegen. Für den rasanten Anstieg der Inflationsrate waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom 2. Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Auch die bereits erwähnten Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

Die EZB hat ihren ultralockeren geldpolitischen Kurs im Jahr 2021 fortgesetzt. Ein wesentlicher Pfeiler hierfür waren massive Anleihekäufe im Rahmen des seit dem Jahr 2014 laufenden Anleihekaufprogramms APP und die im März 2020 beschlossenen zusätzlichen Käufe im Rahmen des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP. Die

Anleihebestände in den Büchern der EZB erhöhten sich beim APP um rund 200 Mrd. Euro auf 3.100 Mrd. Euro und beim PEPP um 840 Mrd. Euro auf rund 1.600 Mrd. Euro. Zusammengekommen erreichten die Anleihebestände ein Niveau von knapp 40 % des Euroraum-Bruttoinlandsprodukts.

Dem Anstieg der Inflationsrate auf Werte oberhalb der 2-Prozent-Marke zum Beginn der zweiten Jahreshälfte und im Dezember auf 5,0 % in der Spitze begegnete die EZB zunächst mit Gelassenheit. Noch Anfang November verwies sie auf die Sonderfaktoren und den mittelfristig nur verhaltenen Inflationsausblick. In den daran anschließenden Wochen wurde das Risiko einer Verfestigung der Inflation aber dann stärker als Risiko wahrgenommen. In der EZB-Ratssitzung im Dezember wurden allerdings nur erste, zaghafte Schritte in Richtung einer Zinswende vorgenommen. Wie erwartet wurde ein reguläres Ende des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP zum März 2022 angekündigt. Das pandemieunabhängige Kaufprogramm APP wird aber im Frühjahr 2022 zunächst noch einmal aufgestockt, bevor sich dann die Kaufvolumina im weiteren Verlauf des Jahres wieder verringern. Ein Enddatum für das Programm wurde nicht beschlossen.

Im Juli 2021 beschloss der EZB-Rat eine Überarbeitung seiner geldpolitischen Strategie. Insgesamt blieben die Veränderungen moderat, dürften aber alles in allem in der aktuellen Situation zu einer leichten Erhöhung der Inflationserwartungen beitragen. Die EZB strebt nun mittelfristig eine Inflationsrate von 2 % an, zuvor war als Ziel eine Teuerungsrate von unter, aber nahe 2 % formuliert worden. Zudem sollen perspektivisch in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der zur Messung des vorrangigen Ziels der Geldpolitik verwendet wird, die Kosten selbstgenutzten Wohneigentums einbezogen werden. Bislang werden nur Mietkosten erfasst. In der aktuellen Situation könnte dies nach Proberechnungen der europäischen Statistikbehörde Eurostat die ausgewiesene Inflationsrate um knapp einen viertel Prozentpunkt erhöhen. Allerdings sind mit der Umsetzung dieses Vorschlags zahlreiche methodische Herausforderungen verbunden, die noch gelöst werden müssen.

Das Aktienjahr 2021 war zweigeteilt. In der ersten Jahreshälfte konnte der DAX substantielle Zuwächse erzielen. Eine Triebfeder waren die Erfolge von Pharmakonzernen, die wirksame Coronaimpfstoffe herstellen konnten. Damit verbunden war die Erwartung einer schnellen Erholung der Wirtschaft und einer Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Wichtige Impulse gingen auch von dem gigantischen Fiskalpaket des im Januar 2021 inaugurierten US-Präsidenten Joe Biden aus. Der DAX überwand Ende März erstmals die Marke von 15.000 Punkten und lag am Ende der ersten Jahreshälfte bei 15.531,04 Punkten, dies entspricht einem Plus zum Jahresbeginn um 13,2 %.

In der zweiten Jahreshälfte blieb die Aufwärtstendenz zwar erhalten, die Dynamik flachte jedoch deutlich ab. Die Impfkampagnen verloren nach anfänglichen Erfolgen merklich an Fahrt. Damit erfüllten sich die Hoffnungen auf eine Herdenimmunität nicht. Auch bremsten die ausgeprägten Materialknappheiten aufgrund von Störungen der internationalen Lieferketten und der außergewöhnlich hohen globalen Nachfrage die Wirtschaft deutlich stärker als noch im Frühjahr erwartet. Die Inflation erwies sich infolgedessen als langwieriger als erwartet. Dies belebte die Debatte um einen geldpolitischen Kurswechsel, die dann zum Jahresende hin zu einer festeren Geldpolitik in mehreren großen Volkswirtschaften führte. Die Fed entschied sich, ihre Anleihekäufe schneller als zunächst geplant zurückzuführen und die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken den Leitzins.

Trotz dieser belastenden Entwicklungen erzielte der DAX im November mit 16.251 Punkten noch einen historischen Höchststand. Bis zum Jahresende gab er dann wieder etwas nach. Negativ auf die Aktienkurse wirkte zum Ende des Jahres vor allem die neue Coronavariante Omikron, die zwar schon früh mit weniger schweren Krankheitsverläufen verbunden wurde, sich gleichzeitig aber als deutlich ansteckender herausstellte. Daher wurde mit Omikron die Sorge breiter Produktionsausfälle verbunden, ähnlich wie bei einem wirtschaftlichen Lockdown. Zum Jahresende schloss der DAX mit 15.884,86 Punkten, damit lag er 2,3 % höher als zur Jahresmitte. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs um 15,8 %.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme zurückgegangen

Die Bilanzsumme reduzierte sich infolge des Einlagenrückgangs um 3,9 % bzw. 167,8 Mio. EUR (Vorjahr: +7,7 % bzw. +311,8 Mio. EUR) auf 4.185,7 Mio. EUR.

Sparverhalten der Kunden rückläufig

Mit Ende des harten Lockdowns während der Corona-Pandemie und paralleler Einführung von Verwahrentgelten flossen Kundengelder erwartungsgemäß ab. Es entstand ein Rückgang von -4,8 % bzw. 193,3 Mio. EUR auf 3.810,5 Mio. EUR (Vorjahr: +7,7 % bzw. +285,5 Mio. EUR).

Abfluss von täglich fälligen Einlagen

Die täglich fälligen Einlagen reduzierten sich in 2021 um 9,1 % bzw. 277,9 Mio. EUR auf 2.767,8 Mio. EUR.

Spareinlagen gestiegen

Die Spareinlagen sind 2021 um insgesamt 85,1 Mio. EUR gestiegen. Deutliche Zuwächse gab es bei SpardaPlus, dessen Bestände um 91,6 Mio. EUR bzw. 11,1 % auf 914,8 Mio. EUR zulegten.

Kundenkreditgeschäft erneut ausgebaut

Die Kreditbestände (inkl. Eventualverbindlichkeiten) erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % bzw. 40,2 Mio. EUR auf 2.266,5 Mio. EUR (Vorjahr: 3,7 % oder 80,3 Mio. EUR). Die Neubewilligungen im Baufinanzierungsgeschäft erreichten ein Volumen von 528,4 Mio. EUR (Vorjahr: 461 Mio. EUR).

Nur leichte Veränderungen in den Kreditstrukturen

Der Anteil der Kundenforderungen am Geschäftsvolumen zum Bilanzstichtag stieg auf 54,1 % (Vorjahr: 51,0 %). Die Strukturanteile der Kreditarten am Gesamtkreditvolumen zeigen eine Steigerung bei den Baukrediten, während die Privaten Kredite leicht zurückgingen:

Kreditart:	31.12.2021	31.12.2020
Dispositionskredite	1,3 %	1,3 %
Private Kredite	6,5 %	7,0 %
Baukredite und Sonstige	92,0 %	91,6 %
Rückgriffsforderungen	0,2 %	0,2 %

Günstige Fördermittel für Mitglieder

Im Rahmen einer ganzheitlichen Beratung der Mitglieder im Immobilien-Finanzierungsgeschäft wurden 2021 13,6 Mio. EUR (Vorjahr: 16,3 Mio. EUR) Fördermittel von der Investitions- und Förderbank Hamburg und 10,1 Mio. EUR (Vorjahr: 13,1 Mio. EUR) von der Investitions- und Förderbank Schleswig-Holstein sowie 6,8 Mio. EUR (Vorjahr: 9,3 Mio. EUR) Wohn-Riester-Darlehen an die Bausparkasse Schwäbisch Hall vermittelt.

Private Kredite gesunken

Die Kontokorrentkredite stiegen wieder leicht um 2,5 % bzw. 0,7 Mio. EUR auf 29,2 Mio. EUR. Die Bestände der Privaten Kredite konnten trotz des guten Neugeschäfts aus den Herbst-Kredit-Wochen nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Sie reduzierten sich um 4,3 % bzw. 6,7 Mio. EUR auf 148,1 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten leicht gestiegen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen leicht um 6,9 Mio. EUR auf 36,1 Mio. EUR.

Eigenanlagen deutlich erhöht

Die Eigenanlagen erhöhten sich 2021, da die nach wie vor hohe Liquidität in Wertpapiere umgeschichtet wurde. Sie stiegen um 5,9 % bzw. 77,5 Mio. EUR an. Die Summe aus Barreserven, Bankguthaben und Wertpapieranlagen ging durch den Abbau der Liquidität insgesamt um 11,0 % oder 228,8 Mio. EUR auf 1.858,0 Mio. EUR zurück. Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme betrug am Jahresende 33,1 % (Vorjahr: 30,1 %).

Die Wertpapier-Kategorien entwickelten sich wie folgt:

Wertpapier-Kategorie	31.12.2021 Mio. EUR	31.12.2020 Mio. EUR
Anleihen und Schuldverschreibungen	634,4	532,7
UIN Fonds NR. 741 (Renten)	552,8	609,2
UIN Fonds NR. 941	0	0
Publikumsfonds AV	98,9	66,7
Publikumsfonds UV	101,4	101,4
Gesamt	1.387,5	1.310,0

Sachanlagen ausgebaut

In Anbetracht des Niedrigzinsniveaus hat die Bank Ende 2020 damit begonnen, ein Portfolio eigener Immobilien in ihrem Geschäftsgebiet aufzubauen. Zum 31.12.2021 sind drei Wohnimmobilien in Hamburg mit einem Buchwert von gut 33 Mio. EUR im Bestand. Darüber hinaus wurde ein Kaufvertrag über den Kauf eines Grundstücks in Hamburg-Wandsbek geschlossen, auf dem ein Mietshaus errichtet werden soll. Der Kaufpreis inkl. der geplanten Bebauung wird sich voraussichtlich auf rund 11,9 Mio. EUR belaufen, wird aber noch an die tatsächlich realisierbaren Flächen angepasst. Kaufpreiszahlung und Eigentumsübergang erfolgen erst nach dem 31.12.2021, Anschaffungskosten wurden in 2021 in Höhe von 0,6 Mio. EUR aktiviert.

Derivategeschäfte

Im Geschäftsjahr 2021 wurden keine derivativen Geschäfte mit Kunden getätigt.

Kundenwertpapiergeschäft

Fondsbestände der Kunden gestiegen

Das Fondsgeschäft hat sich im Jahr 2021 positiv entwickelt. Der Nettozufluss erhöhte sich auf 90 Mio. EUR (Vorjahr: 46,2 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung der Kurswertänderungen stieg der Fondsbestand auf Anlagekonten der Union Investment 2021 um 204 Mio. EUR auf 1.049 Mio. EUR. Die Anzahl der Anlagekonten erhöhte sich um 6,1 % bzw. 4.537 Konten auf 78.654.

Depotgeschäft GENO Broker

Das Kundenwertpapier-Depotgeschäft (ohne bankeigene Wertpapiere) wurde auf die GENO Broker GmbH übertragen. Der Kunden-Depotbestand beim GENO Broker beläuft sich auf 3.462 Stück bzw. ein verwaltetes Depotbestandsvolumen in Höhe von 187,6 Mio. EUR. Im Jahr 2021 wurden 20.654 Transaktionen (Vorjahr: 20.033) durchgeführt.

Vermitteltes Versicherungsbeitragsvolumen

Im Jahr 2021 betrug das vermittelte Beitragsvolumen aus Lebens- und Restschuldversicherungen 5,95 Mio. EUR (Vorjahr: 7,35 Mio. EUR). Bei einer Vermittlung von 1.870 Versicherungsverträgen (Vorjahr: 2.333) an die DEVK und die Credit Life reduzierte sich die Anzahl der Versicherungen ebenfalls. Daneben wurden für die Mitglieder im Bereich der Sach- und Kfz-Versicherungen weitere 4.458 Verträge (Vorjahr: 4.821 Verträge) abgeschlossen.

Abgeschlossenes Bausparvolumen gesunken

Der Vertrieb von Bausparverträgen der Bausparkasse Schwäbisch Hall konnte nicht auf Vorjahresniveau gehalten werden. Das vermittelte Volumen sank leicht um 4,7 % auf 109,5 Mio. EUR (Vorjahr: -3,3 % auf 114,9 Mio. EUR).

Mitgliederbestand leicht gefallen

Der Mitgliederbestand reduzierte sich 2021 um netto 3.872 oder 1,75 % (Vorjahr: -2,1 %) auf 217.293. Den 3.061 Beitritten standen 6.933 Abgänge gegenüber. Die Mitglieder hielten am Jahresende 1.902.332 Anteile (Vorjahr: 1.768.672).

Personal- und Sozialbereich

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter ist mit 213,75 Vollzeit- und 131,75 Teilzeitkräften sowie 16,5 Auszubildenden im Jahr 2021 leicht gesunken. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt bei 44 Jahren, wobei 59 % der Belegschaft weiblich und 41 % männlich sind. Neben der Ausbildung junger Menschen bieten wir auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein umfassendes Schulungsangebot an und schaffen somit die Voraussetzung, dass sie sich das notwendige Wissen für die tägliche Arbeit aneignen und erhalten können. Dazu gehören neben Workshops und Schulungen zu diversen Themen auch Fachseminare. Die Personalentwicklung konzentrierte sich im Jahr 2021 auf die Stärkung der Beratungskompetenzen sowie auf nachgelagerte Schulungen im Zusammenhang mit der Migration auf agree21. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 1.221 Seminarteilnehmertage absolviert. Statistisch besuchte ein Mitarbeiter 3,44 Schultage im Jahr 2021. Für Schulungsmaßnahmen wurde ein Betrag von ca. 245 TEUR eingesetzt. Ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in einem speziellen Qualifizierungsprogramm zum Serviceberater systematisch vorbereitet und weitergebildet. Auch im Rahmen der Umsetzung der IDD (Versicherungsvertriebsrichtlinien) wurde in umfangreiche Weiterbildungszeiten investiert.

Nachhaltigkeit

Das Thema Nachhaltigkeit ist seit jeher eng mit der genossenschaftlichen Idee verbunden und entsprechend im Unternehmensleitbild und im Zielsystem der Sparda-Bank Hamburg

verankert. Hinsichtlich des Produktportfolios wurden die bestehenden Angebote der nachhaltigen Geldanlage erweitert. Im Bereich Finanzierung wurden mit dem Sparda Klimakredit und dem Sparda E-Kredit zwei neue Angebote für nachhaltige Finanzierungszwecke in den Markt eingeführt. Darüber hinaus wurde das klimaneutrale Umweltkonto Sparda Horizont in der Beratung sowie über verschiedene Medien an die Kundinnen und Kunden kommuniziert.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat die Sparda-Bank Hamburg im Jahr 2021 erneut als Umweltpartner zertifiziert und würdigte damit das betriebliche Umweltmanagement der Bank. Gemeinsam mit ihren Mitgliedern übernimmt die Bank Verantwortung in ihrer Region. Mit rund einer Million Euro Spendengeldern aus Gewinnsparmitteln konnte im Jahr 2021 eine Vielzahl an gemeinnützigen Vereinen im norddeutschen Geschäftsgebiet unterstützt werden.

Darstellung der Lage

Bilanzielles Eigenkapital weiter gestiegen

Im Jahr 2021 konnte das Eigenkapital der Sparda-Bank Hamburg eG weiter gesteigert werden. Die Geschäftsguthaben der Genossenschaft nahmen um 7,7% oder 7,3 Mio. EUR auf 102,5 Mio. EUR zu. Die Rücklagen konnten durch Zuführung aus dem Jahresüberschuss um 3,6% oder 5,0 Mio. EUR auf 143,8 Mio. EUR ausgebaut werden. Das bilanzielle Eigenkapital (einschließlich Jahresüberschuss 2021) erhöhte sich um 4,8% oder 11,5 Mio. EUR auf 251,4 Mio. EUR. Die bilanzielle Eigenkapitalquote am Jahresende (Vorjahr: 5,5%) stieg mit 6,0% an.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im gesamten Jahr 2021 erfüllt. Zum 31.12.2021 lag der Wert der haftenden Eigenmittel bei 17,4%.

Sicherungseinrichtung

Die Sparda-Bank Hamburg eG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund für das Geschäftsjahr 2021 die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 6,1 Mio. EUR verbunden.

Zahlungsbereitschaft der Bank war jederzeit gegeben

Den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die Kreditinstitute gestellten Anforderungen an die Liquidität wurde stets entsprochen.

Jahresüberschuss leicht gesunken

Ertragslage im Überblick	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsüberschuss	41.572	50.249	-8.677
Provisionsüberschuss	19.332	18.195	1.137
Personalaufwand	25.851	26.375	-524
Andere Verwaltungs- aufwendungen	25.221	28.900	-3.679
Sonstige GuV-Positionen	6.183	1.438	4.745
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	16.015	14.607	1.408
ao Ergebnis	1.063	6.572	-5.509
Steuern	3.875	2.154	1.721
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	6.000	0	6.000
Jahresüberschuss	5.077	5.881	-804

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge verringerte sich in 2021 deutlich um 8,7 Mio. EUR auf 41,6 Mio. EUR. Das ist auch ein Resultat der bewusst reduzierten Ausschüttung der Sparda Immobilien GmbH mit 0,65 Mio. EUR (Vorjahr: 3,0 Mio. EUR), um die Reserven für die Zukunft zu halten. Der Zinsüberschuss wurde durch die anhaltende Niedrig-/Negativzinsphase wesentlich beeinflusst. Im Zinsergebnis sind außerdem zu erwartende Zinsaufwendungen betreffend langfristige Sparverträge für Vorjahre enthalten. Der Provisionsüberschuss stieg um 1,1 Mio. EUR auf 19,3 Mio. EUR. Wesentlich war der Anteil an der Steigerung in der Vermittlung von Wertpapieren der Union Investment. Der Personalaufwand reduzierte sich insbesondere aufgrund etwas geringerer Personalzahlen um 0,5 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen konnten durch ein stringentes Kostenmanagement grundsätzlich über alle Kostenarten um insgesamt 3,7 Mio. EUR reduziert werden, wobei der größte Anteil der Reduktion auf den Wechsel des Rechenzentrums zur Atruvia entfiel. Ein deutlicher Anstieg der sonstigen GuV-Positionen resultiert aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen in Höhe von 4,2 Mio. EUR. Das außerordentliche Ergebnis betrifft Aufwand im Zuge des Rechenzentrumswechsels zur Atruvia in Höhe von 1,1 Mio. EUR. Dieses Projekt konnte in 2021 abgeschlossen werden. Das Eigenkapital konnte durch Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken um 6,0 Mio. EUR gestärkt werden. Der Jahresüberschuss ging zugunsten des Fonds für allgemeine Bankrisiken um 0,8 Mio. auf 5,0 Mio. EUR zurück.

Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Angesichts des Niedrigzinsumfeldes ist die Ertragslage im Wesentlichen befriedigend. Die Eigenkapitalausstattung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagement-Ziele und Methoden der Bank

Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung der Sparda-Bank Hamburg eG ist es, die aus ihrem allgemeinen Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken bewusst und kontrolliert unter Beachtung der Renditeziele einzugehen. Damit wird dem strategischen Geschäftsziel Rechnung getragen, das eine langfristige Absicherung der Bank vorsieht. Dem Risikomanagement, also der Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung bestehender Risiken, kommt daher eine elementare Bedeutung zu. Die vom Gesamtvorstand in Kraft gesetzte Risikostrategie basiert auf den risikopolitischen Grundsätzen, die die Gesamtheit der zentralen Verhaltensregeln für den Umgang mit Risiken innerhalb der Sparda-Bank Hamburg eG darstellen. Sie bilden die Grundlage für ein unternehmensweit möglichst einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement. Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die eingegangenen Risiken die Risikotragfähigkeit der Sparda-Bank nicht übersteigen. Die Risikopolitik im Kundenkreditgeschäft ist in der Kreditrisikostrategie dokumentiert. Das Steuerungskonzept der Sparda-Bank unterscheidet zwischen zwei Perspektiven: Ökonomische Risikotragfähigkeit und der normativen Perspektive des Risikotragfähigkeitskonzepts. Die Sparda-Bank Hamburg eG stellt sicher, dass die wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit sichergestellt ist. Das implementierte Limitsystem ist gesondert im Risikohandbuch beschrieben. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z. B. Konjunkturschwankungen, neuen Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstigen sich verändernden Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie können sich insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken zeigen, aber auch in Form von Liquiditäts-, operationellen und sonstigen Risiken.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken beinhalten im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls einer Person oder Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Sie umfassen sowohl klassische Ausfallrisiken als auch Migrationsrisiken und Credit-Spread-Risiken. Migrationsrisiken können entstehen, wenn sich die Bonitäten von Emittenten verschlechtern und der Marktwert von Anleihen sinkt. Credit-Spread-Risiken be-

inhalten die Gefahr negativer Auswirkungen aufgrund von Schwankungen des Zinsaufschlags für bestimmte Bonitätsklassen im Zeitverlauf. Die Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen werden vom Emittentenrisiko dominiert. Zur Begrenzung von Emittentenrisiken sind Ratingvorgaben festgelegt. Dabei werden die externen Ratings von Standard & Poor's (S&P), Moody's Investor Service und FitchRatings zugrunde gelegt. Für das Direktgeschäft gilt bei Erwerb ein Mindestrating von Baa3/BBB- (Moody's/S&P/Fitch). Es könnten sich Spread-Ausweitungen aufgrund zunehmender, politischer Risiken in Europa ergeben.

Der Schwerpunkt des Kundenkreditgeschäfts liegt im Privatkundengeschäft. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Baufinanzierungsgeschäft mit Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften fortgesetzt. Große Teile des Kundenkreditvolumens sind grundpfandrechlich gesichert und breit gestreut. Über ein indikatorenbasiertes Frühwarnsystem können Kreditrisiken frühzeitig erkannt und separiert behandelt werden. Aufsichtsrechtlich werden Ausfallrisiken durch die Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR (EU-Verordnung) begrenzt, die von der Bank stets eingehalten werden.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln aufgrund von Änderungen der Marktlage zuungunsten des Inhabers entwickeln. Marktpreisrisiken schließen insbesondere Zinsrisiken, Abschreibungsrisiken, Aktienkursrisiken und Immobilienpreisrisiken ein. Bedingt durch die Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Marktpreisrisiken überwiegend auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Marktpreisrisiken werden von der Sparda-Bank Hamburg eG in bedeutsamem Umfang eingegangen. Sie umfassen potenzielle Verluste, die sich aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen ergeben können. Dies ist vor dem Hintergrund vergleichsweise geringer Kreditrisiken im Kundengeschäft vertretbar. Zinsänderungsrisiken berechnet die Bank mithilfe von Zinsüberschuss-Simulationsrechnungen aufgrund verschiedener Zinsprognosen. Das Marktpreisrisiko als Gesamtheit von Zinsänderungs- und Kursänderungsrisiko wird ökonomisch auf der Grundlage des dynamischen Value-at-Risk dargestellt. Dem Risiko ist ein festes absolutes Risikobudget zugewiesen, welches regelmäßig überwacht wird. Die Abbildung des Marktpreisrisikos für die Immobilien-Risiken wird als dynamischer Value-at-Risk mit Stellvertreiterzeitreihen durchgeführt. Dabei wird eine Haltedauer von 250 Tagen und ein Konfidenz-Niveau von 99,9% unterstellt. Im Rahmen des ökonomischen Limitsystems zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden für die Unterarten des Marktpreisrisikos Risikolimits definiert, die auf Ebene des Marktpreisrisikos in einem Einzellimit aggregiert werden. Die Auslastung der Risikolimits wird regelmäßig überwacht. Ein Handelsbuch im Sinne des § 1a KWG wird nicht

geführt. Zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos werden Derivate in Form von Swaps (nominell 229,0 Mio. EUR) mit einem beizulegenden Wert von -6.171 TEUR eingesetzt.

Liquiditätsrisiken

Unter den Liquiditätsrisiken wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparda-Bank Hamburg eG ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Durch die Finanzmarktkrise ist der Aspekt der Liquiditätssicherstellung in den Vordergrund gerückt. Daneben sind höhere Refinanzierungskosten ein Aspekt dieses Risikos, die durch die Überbrückung von Liquiditätsengpässen anfallen können. Das Liquiditätsrisiko nimmt bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein, da die Bank dem Liquiditätsverbund der DZ Bank AG angehört und somit gewöhnlich ein jederzeitiger Ausgleich von möglichen Liquiditätsengpässen über die DZ Bank AG erfolgen kann. Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute werden deutlich erfüllt, sodass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken erkennen lassen.

Operationelle Risiken

Unter den operationellen Risiken wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Operationelle Risiken sind z. B. Betriebsrisiken, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs-, Diebstahl- und Datenverarbeitungsrisiken. Darüber hinaus werden zur Identifikation und Beurteilung relevanter potenzieller Risiken auch Erkenntnisse zu aktuellen Schwachstellen (historische Ereignisse z.B. aufgrund von Verlustereignissen) und potenziellen Ereignissen ermittelt. Als Basis für die Messung operationeller Risiken und permanente Bewertung wird eine Schadendatenbank geführt. Ergänzt durch regelmäßige Risikomeetings mit den Risikoverantwortlichen werden die einzelnen Risiken auf angemessene Bewertung und Behandlung geprüft und Maßnahmen zur Reduktion initiiert. Darüber hinaus trägt das innerbetriebliche Überwachungssystem (z. B. arbeitsbegleitende Kontrollen, interne Revisionen und Dienstweisungen für Mitarbeiter) dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale, wie z. B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, werden durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert. Das Beschwerde- und Qualitätsmanagement ist zentral organisiert. Bei Schäden oder Erstattungsansprüchen aus fehlerhafter Bearbeitung erfolgt eine Analyse hinsichtlich etwaiger organisatorischer und/oder personeller Schwachstellen. Soweit erforderlich, werden entsprechende Maßnahmen darauf aufbauend eingeleitet. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnet die Bank auch durch

die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern, insbesondere soweit es den EDV- und Rechtsberatungsbereich betrifft.

Sonstige Risiken

Unter den sonstigen Risiken werden das Beteiligungsrisiko, das Vertriebsrisiko, das Kostenrisiko und das strategische Risiko zusammengefasst. Das Beteiligungsrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass von der Bank eingegangene Beteiligungen aufgrund von z. B. Dividendenausfall, Abschreibungen, Ergebnisminderungen etc. zu Verlusten aus bereitgestelltem Eigenkapital führen können. Das Vertriebsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. Das Kostenrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Personal- und Sachkosten die geplanten Werte überschreiten. Das strategische Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Bank. Alle sonstigen Risiken nehmen bei der Sparda-Bank Hamburg eG im Vergleich zu Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eine untergeordnete Rolle ein. Vertriebsrisiken, Kostenrisiken, strategische Risiken sind als unwesentliche Risiken eingestuft. Ebenso Währungsrisiken, Optionsrisiken, Kontrahentenrisiken, Länderrisiken und Modellrisiken.

Risikobewertung

Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Risikoquantifizierungsinstrumentarium eine zeitnahe und detaillierte Risikotransparenz. Durch einen implementierten Kapitalplanungsprozess (normative Sicht) ist sichergestellt, dass ein etwaiger Eigenkapitalbedarf rechtzeitig erkannt wird.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Sicherstellung der nachhaltigen Wirtschaftlichkeit hat gegenüber weiteren strategischen Zielen die oberste Priorität. Eine permanente Produktivitätssteigerung, hohe Mitgliederzufriedenheit und eine hohe Mitarbeiteridentifikation und -qualität vervollständigen das strategische Zielsystem.

Die Bank hat sich vor diesem Hintergrund für die kommenden drei Jahre verschiedene operative Ziele gesetzt. Das Kreditgeschäft soll netto um 5,5 % p.a. wachsen, wobei der Verwaltungsaufwand im Verhältnis zur Bilanzsumme 2024 unter 1,20 % liegen soll. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit der Sparda Immobilien GmbH durch Steigerung der vermittelten Maklerverträge intensiviert werden. Die Produktivität soll durch Verkürzung der Durchlaufzeiten von Baufinanzierungsanträgen gesteigert werden. Zur Erreichung der Ziele sind differenzierte Maßnahmen definiert worden.

Hinsichtlich des Geschäftsfeldes der Immobilienfinanzierung begleitet die Bank ihre Kundinnen und Kunden im Sinne einer „Alles aus einer Hand“-Strategie. Hierzu gehört die Unterstützung beim Finden der richtigen Immobilie, die Finanzierung sowie die Absicherung der Immobilie. Eine wichtige Funktion nimmt hierbei die Sparda Immobilien GmbH ein. Durch die Maklerpräsenz vor Ort in den Filialen sowie eine enge digitale Vernetzung erhalten die Kundinnen und Kunden der Sparda-Bank ein Full-Service-Angebot, das unter anderem Leistungen wie Verkaufswertermittlung oder die Erstellung von Gutachten beinhaltet. Die Zusammenarbeit soll insbesondere bei der digitalen Vernetzung weiter ausgebaut werden, um die Kundinnen und Kunden mit den passenden Angeboten anzusprechen.

Bei der Distribution von Produkt-, Service- und Informationsangeboten setzt die Bank auf einen Multikanal-Ansatz, der neben der persönlichen Beratung von Mensch zu Mensch in den Filialen, am Telefon oder per Online-Live-Schaltung auch digitale Medien sowie Print beinhaltet. Die digitalen Services und Produktabschlussmöglichkeiten gewinnen weiter an Bedeutung und sollen entsprechend ausgebaut und erweitert werden.

Die vertrieblichen Schwerpunkte liegen auf dem Baufinanzierungsgeschäft, dem Privatkreditgeschäft sowie in der Geldanlageberatung. Für verschiedene Dienstleistungen und Produktergänzungen werden die Angebote der Verbund- und Kooperationspartner genutzt. Besondere vertriebliche Schwerpunkte bilden u.a. die Kontingentphasen zu den Immobilienfonds der Union Investment, welche dazu genutzt werden, die Kunden auf moderne Geldanlagemöglichkeiten anzusprechen. Weiterhin werden im Spannungsfeld von Inflation und Niedrigzins den Kundinnen und Kunden verschiedene Lösungen zur zeitgemäßen Geldanlage aufgezeigt. Hierbei spielen insbesondere die Möglichkeiten der nachhaltigen Geldanlage eine wichtige Rolle. Neben den Angeboten der Union Investment sind auch die Geldanlageprodukte der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der DEVK Versicherung sowie die GENO Broker GmbH in das Beratungsportfolio integriert.

Zinswende könnte positiven Beitrag zu Ergebnis leisten – Andauern der Corona-Pandemie belastet noch Zahlungsverkehrserträge – Höhere Eigenkapitalanforderungen ab 2023

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge wird 2022 leicht steigen, vorausgesetzt, das eing geplante Netto-Kreditwachstum wird erreicht. Im Zinsüberschuss kann sich die Zinswende positiv bemerkbar machen, wenn diese sich auf die Mittel- und Langfristzinsen erstrecken sollte.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft soll leicht ausgeweitet werden, wenn auch 2022 die Zahlungsverkehrserträge noch von der Corona-Pandemie belastet werden. Für die Steigerung des Vermittlungsgeschäfts bestehen, angesichts nach wie vor hoher, liquider Mittel unserer Mitglieder, gute Chancen.

Wir erwarten im Großen und Ganzen konstante Personalkosten, Fluktuationen können kaum noch genutzt werden. Die Sachkosten dürften sich in 2022 um gut 1,5 Millionen Euro erhöhen. Neben notwendigen Projekten insbesondere im Bereich der Instandhaltungen sind hierfür auch Abschreibungen auf eigene Immobilien, der sonstige Geschäftsbetrieb und Preissteigerungen verantwortlich.

Im sonstigen Ergebnis, das sich voraussichtlich infolge eines Einmaleffektes in 2021 (höhere Rückstellungsauflösung) deutlich reduzieren wird, werden auch Mieterträge aus eigenen Immobilien i.H.v. einer knappen Million Euro enthalten sein.

Insgesamt wird im Jahr 2022 ein Jahresüberschuss nach Steuern leicht über Vorjahreshöhe erwartet.

Der Krieg in der Ukraine und die durchgeführten wirtschaftlichen Sanktionen könnten unter Umständen jedoch zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen, die auch negative Auswirkungen auf unser Bewertungsergebnis haben könnten. Dies könnte auch im Falle einer erneuten Verschärfung der Corona-Pandemie eintreten.

Mit Wirkung zum 01.02.2022 hat die Aufsicht folgende Eigenkapitalzuschläge mit Anwendung zum 01.02.2023 festgesetzt:

- 0,75 % antizyklischer Kapitalpuffer auf den Gesamtforderungsbetrag und
- 2,00 % Kapitalpuffer für systemische Risiken für Wohnimmobilienfinanzierungen.

Die Auswirkungen auf die Bank wurden im Rahmen der Kapitalplanung analysiert und festgestellt, dass bei normaler Geschäftsentwicklung die Eigenmittelanforderungen der Aufsicht auch mit diesen Kapitalpuffern erfüllt werden.

Hamburg, den 11. März 2022

Der Vorstand
Stephan Liesegang, Tino Wildmann

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben im Geschäftsjahr 2021 wahrgenommen. Während des Geschäftsjahres unterrichtete ihn der Vorstand eingehend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank. Darüber hinaus stand die Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand. Soweit Geschäfte der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, wurden die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Im Jahr 2021 hat der Aufsichtsrat insgesamt elf Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten Strategie, geschäftliche Entwicklung, Risikosituation und geplante Investitionen. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss und einen Personalausschuss gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufichtsrates. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates hat sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung durch unangemeldete Prüfungen überzeugt. Bei seiner Prüfungstätigkeit ließ sich der Ausschuss auch von der Internen Revision der Bank unterrichten. Der Kreditausschuss hat im erforderlichen Umfang bei der Vergabe von Krediten mitgewirkt und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftserledigung überzeugt. Der Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main, hat die nach dem Gesetz notwendigen Prüfungen durchgeführt. Das zusammengefasste Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung bekannt gegeben. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 stimmt der Aufsichtsrat nach Prüfung ohne Einschränkungen zu. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgeschlagenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen. Nach den Bestimmungen der Satzung scheiden mit Ablauf der Vertreterversammlung 2022 Frau Rusch-Ziemba und Frau Plambeck sowie Herr Müller aus dem Aufsichtsrat aus. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Hamburg, den 29. März 2022

Die Vorsitzende des Aufsichtsrates
Regina Rusch-Ziemba

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2021

AKTIVSEITE	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			35.917.205,28		35.729
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			3.774,94		8.460
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	3.774,94				(8.460)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	35.920.980,22	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			404.960.959,33		702.984
b) andere Forderungen			29.636.704,97	434.597.664,30	29.695
4. Forderungen an Kunden				2.262.374.586,52	2.222.109
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.831.210.812,87				(1.775.215)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-	-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		68.862.407,87			64.001
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	68.862.407,87				(64.001)
bb) von anderen Emittenten		565.529.300,64	634.391.708,51		468.657
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	496.942.142,41				(440.459)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	634.391.708,51	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				753.112.980,27	777.337
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			17.637.923,63		17.888
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			43.310,00	17.681.233,63	43
darunter: bei Kreditgenossenschaften	7.000,00				(7)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				511.291,88	511
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			141.383,62		125
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	141.383,62	-
12. Sachanlagen				44.374.836,70	16.412
13. Sonstige Vermögensgegenstände				2.266.139,70	9.192
14. Rechnungsabgrenzungsposten				277.537,71	348
Summe der Aktiva				4.185.650.343,06	4.353.491

PASSIVSEITE

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			135.157,06		98
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			35.979.374,17	36.114.531,23	29.127
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.040.342.302,12				955.130
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	4.101,51	1.040.346.403,63			116
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.767.809.731,76				3.045.749
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2.339.664,19	2.770.149.395,95	3.810.495.799,58		2.812
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				3.494.146,63	4.272
6. Rechnungsabgrenzungsposten				122.116,89	155
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			17.161.708,15		16.179
b) Steuerrückstellungen			4.246.167,76		2.557
c) andere Rückstellungen			9.745.539,59	31.153.415,50	10.560
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				-	-
10. Genusssrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				52.900.000,00	46.900
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			102.456.000,43		95.110
b) Kapitalrücklage			10.492.859,81		10.493
c) Ergebnismrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	17.567.895,71				16.979
cb) andere Ergebnismrücklagen	115.777.000,00				111.373
cc)		-	133.344.895,71		-
d) Bilanzgewinn			5.076.577,28	251.370.333,23	5.881
Summe der Passiva				4.185.650.343,06	4.353.491

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln				-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			4.106.336,03		4.188
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				4.106.336,03	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen				-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			297.675.293,80	297.675.293,80	176.430
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

Gewinn- und Verlustrechnung

01.01. bis 31.12.2021

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		38.186.298,35			43.007
b) festverz. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		720.155,44	38.906.453,79		1.207
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	1.541.637,68				(796)
2. Zinsaufwendungen			-4.478.865,54	34.427.588,25	-3.691
darunter: erhaltene negative Zinsen	1.692.818,28				(723)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			5.725.461,44		6.708
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			768.921,03		18
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			650.000,00	7.144.382,47	3.000
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			23.125.676,49		22.943
6. Provisionsaufwendungen			-3.793.749,51	19.331.926,98	-4.748
7. Nettoertrag des Handelsbestandes				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				5.173.139,84	1.981
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-20.541.649,48			-21.042
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-5.309.725,46	-25.851.374,94		-5.333
darunter: für Altersversorgung	-1.690.372,42				(-1.723)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-23.602.746,35	-49.454.121,29	-27.310
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-1.618.231,98	-1.590
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-2.213.255,65	-1.583
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-424.712,60			(-484)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			4.952.719,75	4.952.719,75	780
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-1.729.907,76		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-	-1.729.907,76	261
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				16.014.240,61	14.608
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-1.063.127,85		-6.572
22. Außerordentliches Ergebnis				-1.063.127,85	(-6.572)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-3.831.434,45		-2.111
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-43.101,03	-3.874.535,48	-44
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-6.000.000,00	-
25. Jahresüberschuss				5.076.577,28	5.881
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				5.076.577,28	5.881
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				5.076.577,28	5.881
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				5.076.577,28	5.881
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				5.076.577,28	5.881

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg, ist beim Amtsgericht Hamburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 835 eingetragen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die Barreserve und die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert. Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird über die Laufzeit aufgelöst. Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und unversteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Die Pauschalwertberichtigung wurde erstmals in Höhe des als Steuerungsgröße im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne eine Anrechnung von Bonitätsprämien in einer vereinfachten Methodik berücksichtigt. Der erwartete Verlust wird auf Basis der Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote und möglicher Forderungsbetrag bei Ausfall geschätzt (vgl. Erläuterungen im Abschnitt Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden).

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen und wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und wie Anlagevermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsenpreis bewertet. Soweit Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde eine Zuschreibung vorgenommen. Die wie Umlaufvermögen behandelten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bewertet.

Wertpapierleihegeschäfte

Am Bilanzstichtag bestehende Wertpapierleihegeschäfte wurden unter Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren bilanziert.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung bzw. Sonderabschreibungen nach dem Steuerrecht wurden beibehalten. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Am 14.09.2021 wurde ein Kaufvertrag über den Kauf eines Grundstücks und Planung eines Gebäudes in Höhe von 11,9 Mio. EUR geschlossen. Der Kaufpreis ist vorläufig und wird an die tatsächlich realisierbaren Flächen angepasst. Die Kaufpreiszahlung sowie der Übergang des juristischen und wirtschaftlichen Eigentums erfolgt erst nach dem 31.12.2021. Für das Objekt wurden bereits Anschaffungskosten von 0,6 Mio. EUR aktiviert.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag aktiviert.

Latente Steuern

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Sachanlagen und Rücklagen nach § 56 Abs. 2 und 3 InvStG, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag einschließlich fälliger Zinsen angesetzt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken

und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen wurden, soweit erforderlich, 2 % bzw. die vertraglich garantierte Anpassung von 1 % p.a. angenommen. Als Lohn- und Gehaltstrend für die Rückstellungen aus Altersteilzeit wurde ein Gehaltstrend von 2 % angenommen. Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren, mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per September 2021 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des Zinssatzes per Dezember 2021 (1,87 %) zugrunde gelegt. Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (1,35 %) ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 1.836.470 EUR.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 7.491 TEUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 7.115 TEUR. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 10.375 TEUR.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen in Höhe von 162 TEUR verrechnet. Die Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen und für Vorruhestand sowie für Altersteilzeitrückstellungen wurden auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens per 31.12.2021 gebildet. Die Betriebsvereinbarung zu den Jubiläumzahlungen wurde zum 24.02.2021 gekündigt. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2021 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften. Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2021 betreffen in voller Höhe Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können. Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurde in folgenden Fällen aus den nachfolgend dargestellten Gründen abgewichen: Die Ermittlung der handelsrechtlichen Pauschalwertberichtigung erfolgte bisher in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode, wobei die Vorgehensweise durch den Verzicht auf den Abschlag von 40% modifiziert wurde. Entgegen früherer Praxis wurde für die Ermittlung der handelsrechtlichen Pauschalwertberichtigung ein Berechnungsverfahren herangezogen, das den auf der Grundlage unserer internen Risikosteuerung ermittelten erwarteten Verlust der nächsten zwölf Monate schätzt. Die geänderte Bewertungsmethode führt aufgrund der sachgerechteren Einschätzung der Ausfallrisiken zu einer verbesserten Darstellung der Vermögens- und Ertragslage. Die Änderungen haben sich auf das Jahresergebnis ausgewirkt. Die Änderungen führen verglichen mit der bisherigen Bewertungsmethode zu einer um 662 TEUR höheren Pauschalwertberichtigung.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	2.618.064	134.473	–	a) 77.067 b) –	2 675 470	141 384	125.022
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	24.951.467	28.891.924	–	a) – b) –	53.843.391	39.020.732	10.389.697
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	30.377.359	577.484	–	a) 667.826 b) –	30.287.017	5.354.105	6.021.794
a	57.946.890	29.603.881	–	a) 744.893 b) –	86.805.878	44.516.221	16.536.513

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchun- gen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibun- gen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	2.493.042	–	77.067	–	118.111	–	2.534.086
Sachanlagen:							
a) Grundstücke und Gebäude	14.561.770	–	–	–	260.889	–	14.822.659
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	24.355.565	–	661.884	–	1.239.232	–	24.932.913
a	41.410.377	–	738.951	–	1.618.232	–	42.289.658

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	491.968.807	148.882.178	640.850.985
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	17.931.058	-249.824	17.681.234
Anteile an verbundenen Unternehmen	511.292	–	511.292
b	510.411.157	148.632.354	659.043.511
Summe a und b	568.358.047		703.559.732

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 404.967.182 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	14.444	–	–	–
Forderungen an Kunden (A 4)	42.656.601	122.948.086	569.280.986	1.501.120.627

In den Forderungen an Kunden sind 26.368.287 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten. Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 106.807.168 EUR fällig.

In den Forderungen / und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren / sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	106.119	126.538

Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 %:

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja/Nein
Renditeerwartung	565.042.395	569.907.361	4.864.966	–	Ja

Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Immobilien GmbH, Hamburg	100,00	2021	6.999.416	2021	2.162.361

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-AG, Hannover	0,05	2021	1.378.909.700	2021	76.328.044
b) SUMMACOM GmbH & Co. KG	9,82	2020	4.261.978	2020	325.439
c) Immobilien-Gesellschaft „DG Bank-Turm, Frankfurt am Main, Westend“ mbH & Co. KG	0,15	2020	193.654.594	2020	22.422.609
d) Sparda-Consult Gesellschaft für Projekt- und Innovationsmanagement mbH i.L., Nürnberg	4,88	2019	480.219	2019	1.345.638
e) DZ Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,42	2021	3.209.880.365	2021	77.247.926

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	634.391.709	600.136.252	34.255.457	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	109.178.022	–	109.178.022	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	430.009	–	430.009	–

In den Sachanlagen sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	EUR	5.618.366
Betriebs- und Geschäftsausstattung	EUR	5.354.105

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Steuererstattungsansprüche aus 2019	EUR	1.327.561
-------------------------------------	-----	-----------

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 36.113.514 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	1.266.578	250.150	–	34.462.646
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	490	–	3.612	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.900.826	183.198	170.149	85.491

Die Verbindlichkeiten gegenüber der KfW wurden aus Vereinfachungsgründen dem letzten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 122.117 EUR (Vorjahr: 154.874 EUR) enthalten.

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	5.459.473	4.359.120

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder	EUR	98.920.988
b) der ausscheidenden Mitglieder	EUR	2.665.208
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	EUR	869.804
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	276

Die Ergebnisrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 01.01.2021	16.978.977	111.373.000	10.492.860
Einstellungen aus Bilanzgewinn des Vorjahres	588.919	4.404.000	–
Stand 31.12.2021	17.567.896	115.777.000	10.492.860

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,25 %	EUR	1.207.234,56
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	EUR	509.342,72
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	EUR	3.360.000,00
Insgesamt	EUR	5.076.577,28

Zum Bilanzstichtag bestanden Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands:

Angaben in TEUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	>1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	30.000,0	69.000,0	130.000,0	229.000,0	-6.171,3	-3.993,3

Zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes wurde die Marktbewertungsmethode angewandt. Offene Eigenhandelspositionen bestehen nicht.

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden vollständig zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung eingesetzt.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
Derivate	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	6.171.336

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 1.542.605 EUR (Vorjahr: 795.994 EUR) negative Zinsen aus Guthaben auf Konten der DZ Bank AG und bei der Bundesbank enthalten. In den Zinsaufwendungen sind 1.512.385 EUR (Vorjahr: 723.290 EUR) positive Zinsen aus Refinanzierungsgeschäften mit Kommunen sowie aus Verwarentgelten aus Kundenverbindlichkeiten enthalten.

Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge		
Auflösungen von Rückstellungen	EUR	4.239.565
Außerordentliche Aufwendungen		
Aufwendungen für den Wechsel des Rechenzentrums	EUR	1.063.128

E. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 204.884 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen auf 623.961 EUR. Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde für die aktiven Vorstände Gebrauch gemacht.

Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2021 Pensionsrückstellungen in Höhe von 12.139.165 EUR.

Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

Mitglieder des Vorstandes	EUR	1.026.094
Mitglieder des Aufsichtsrates	EUR	691.155

Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäfts vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 6.141 TEUR. Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Schadensfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen. Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Die Zahl der im Jahr 2021 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	211,75	131,75
Gewerbliche Mitarbeiter	2,00	–
	213,75	131,75

Außerdem wurden durchschnittlich 16,50 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2021	221.165	1.768.672	91.970.944
Zugang 2021	3.061	201.641	10.485.332
Abgang 2021	6.933	67.981	3.535.012
Ende 2021	217.293	1.902.332	98.921.264

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	6.950.333
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	6.950.320
Höhe des Geschäftsanteils	EUR	52
Höhe der Haftsumme	EUR	52
Max. je Mitglied	EUR	5.200

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

Von den gesetzlichen Vertretern und anderen Mitarbeitern werden folgende Mandate in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Gesetzlicher Vertreter / Mitarbeiter	Gremium	Kapitalgesellschaft
Ute Plambeck	Aufsichtsrat	DB Fahrwegdienste GmbH
Thomas Brandt	Aufsichtsrat	DB Netz AG
Manuela Norbeck	Aufsichtsrat	DB Fernverkehr AG

Mitglieder des Vorstandes

Oliver Pöpplau (Vorsitzender bis 19.11.2021), Bankdirektor

Stephan Liesegang (Vertreter des Vorsitzenden bis 19.11.2021, Vorsitzender ab 19.11.2021), Bankdirektor

Tino Wildmann, Bankdirektor

Mitglieder des Aufsichtsrates

Regina Rusch-Ziemba (Vorsitzende), Pensionärin

Ralph Borkowski (Vertreter der Vorsitzenden), Versichertensprecher der DB AG bei der Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (KBS)

Thomas Brandt, Geschäftsführung Gesamtbetriebsrat Deutsche Bahn Netz AG Frankfurt

Gabriele Maack, Personalsachbearbeiterin DB Fernverkehr AG Sylt

Frank Maur, Geschäftsstellenleiter Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Hamburg

Ernst-Otto Müller, freigestelltes Betriebsratsmitglied DB Cargo AG

Manuela Norbeck, freigestellte stellv. Betriebsratsvorsitzende der DB Fernverkehr AG

Annegret Pawlitz, Pensionärin

Ute Plambeck, Vorstand Personal Deutsche Bahn Netz AG

Hamburg, den 19. Februar 2022

Sparda-Bank Hamburg eG

Der Vorstand

Stephan Liesegang, Tino Wildmann

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2021 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Hamburg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Hamburg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Hamburg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2021 66.077 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 319,93.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 14.951 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 3.831 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Hamburg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hamburg eG, Hamburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hamburg eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In

allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine

verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2021 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.262 Mio. EUR. Dies entspricht 54,1 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels

Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit

zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 29. März 2022

Verband der Sparda-Banken e. V.

i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber:

Sparda-Bank Hamburg eG
Präsident-Krahn-Straße 16–17
22765 Hamburg
Telefon: 040 550055-1513
www.Sparda-Bank-Hamburg.de

Gesamtkoordination:

Axel Krohn, Abteilungsleiter Vertriebsmanagement und Unternehmenskommunikation, Sparda-Bank Hamburg eG

Konzeption:

HMC Verlag
Hamburg Media Company GmbH
Beim Strohhouse 27
20097 Hamburg
Telefon: 040 413639-0
www.hmc.de

Redaktion:

Thomas Zander

Grafik:

Stefanie Liebich

Fotos: iStock/miniloc;
David Maupilé (S. 2)

